

# Bericht

des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

## Dr. Werner Langen



**21. Parteitag der CDU Deutschlands**

2.-4. Dezember 2007, Messe Hannover, Messehalle 13

**CDU**

Der Bericht, den ich Ihnen heute für die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament vorlegen darf, umfasst den Zeitraum vom letzten Parteitag im November 2006 in Dresden bis heute.

Wir können heute zurückblicken auf ein erfolgreiches Jahr für die Europäische Union, auf eine außerordentlich erfolgreiche, deutsche Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2007 unter Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und auf eine Reihe europäischer Zukunftsprojekte, die in diesem Zeitraum verabschiedet werden konnten.

### **50 Jahre erfolgreiche europäische Entwicklung**

Am 25. März 2007 wurde das „Europa der Römischen Verträge“ 50 Jahre alt. Diese 50 Jahre sind trotz mancher Höhen und Tiefen eine beeindruckende Erfolgsstory. In diesem Zeitraum ist die Europäische Union von sechs auf 27 Mitgliedstaaten mit fast 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern angewachsen. Aus der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist die Europäische Union geworden. 50 Jahre lang war und ist die Europäische Union Garant von Freiheit, Frieden, demokratischer Entwicklung und Wohlstand.

Die Feierlichkeiten anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Unterzeichnung der Römischen Verträge in Berlin und die von allen Mitgliedstaaten und europäischen Organen mitgetragene „Berliner Erklärung“ setzt nach fast zwei Jahren der Stagnation und Ratlosigkeit neue Akzente. Bundeskanzlerin Dr. Merkel ist es damit gelungen, neue Perspektiven für die europäische Entwicklung zu eröffnen. Die „Berliner Erklärung“, die von den Präsidenten der drei europäischen Institutionen, der Ratspräsidentin Dr. Merkel, dem Kommissionspräsidenten Barroso und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Professor Pötering unterzeichnet wurde, zeigt vor allem den gemeinsamen Willen aller drei europäischen Institutionen, Europa weiterzuentwickeln und sich von Rückschlägen nicht entmutigen zu lassen. Die „Berliner Erklärung“ war mehr als das Abschlussdokument einer Festveranstaltung, sie war und ist Auftrag und Richtschnur für die europäische Politik im 21. Jahrhundert.

So beeindruckend das Jubiläum in Berlin auch war, ob die gemeinsamen Grundsätze und Werte dauerhaft tragfähig sind, muss sich bei konkreten Sachverhandlungen zeigen.

### **Deutsche Ratspräsidentschaft außerordentlich erfolgreich**

Die Erwartungen an die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 waren sehr hoch. Diese Erwartungen sind nicht enttäuscht worden. Unter der Führung von Bundeskanzlerin Dr. Merkel hat Deutschland eine außerordentlich erfolgreiche Ratspräsidentschaft gestalten können, die die Stagnation nach den erfolglosen Referenden über den Verfassungsvertragsentwurf im Mai und Juni 2005 in Frankreich und in den Niederlanden überwunden hat. Neben der politischen Vorbereitung des „Reformvertrages“ und einer gemeinsamen Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union sind in diesem halben Jahr über 150 politische Einzelprojekte erfolgreich beendet worden, die teilweise sehr lange im Ministerrat blockiert waren.

Der Frühjahrsgipfel im März 2007, der eine Einigung über die gemeinsame Klimaschutz- und Energiepolitik der Europäischen Union zustande brachte und ein gemeinsames Auftreten Europas auf der internationalen Ebene erst ermöglichte, ist dabei ebenso bemerkenswert wie die politische Einigung über ein detailliertes und enges Mandat für die Regierungskonferenz im Oktober 2007 unter portugiesischer Ratspräsidentschaft. Nur auf der Grundlage dieses Verhandlungserfolgs der deutschen Ratspräsidentschaft war die Einigung in Lissabon möglich.

In der nächsten Woche wird der Europäische Rat den Vertrag von Lissabon endgültig unterschreiben. Danach beginnt die Phase der Ratifizierung in den 27 Mitgliedstaaten. Ziel ist es, dass der „Reformvertrag“ rechtzeitig vor den im Juni 2009 stattfindenden Europawahlen in Kraft treten kann. Die Europäische Union wird damit transparenter, entscheidungsstärker und demokratischer. Auch wenn in dem einen oder anderen Mitgliedstaat neue Hürden auftauchen könnten, so gehen wir doch davon aus, dass eine schnelle Ratifizierung möglich wird. Die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament war wie schon in der Vergangenheit in der vorbereitenden

Regierungskonferenz durch den deutschen Christdemokraten Elmar Brok sachkundig vertreten.

### **Der Vertrag von Lissabon bringt Europa voran**

Der Vertrag von Lissabon, der in Kürze unterzeichnet wird, ist nach dem Hin und Her der letzten Jahre ein wichtiger Erfolg. Nach den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und in den Niederlanden im Mai und Juni 2005 hatte sich in Europa Lethargie breit gemacht. Es wurde darüber gestritten, was im Verfassungsvertragsentwurf verändert und was erhalten werden sollte. Trotz aller Kompromisse wurde der Kern des EU-Verfassungsvertrages bewahrt. Dies wurde gegen erheblichen Widerstand aus einzelnen Mitgliedstaaten erreicht. Insbesondere Polen und Großbritannien haben Sonderregelungen durchgesetzt.

Die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages von Lissabon werden von der EVP-ED-Fraktion und von der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament mitgetragen. Eindeutiger „Gewinner“ ist dabei, darin sind sich alle Beobachter einig, das Europäische Parlament, das künftig auf gleicher „Augenhöhe“ mit Rat und Kommission politische Entscheidungen mitgestalten und mitverantworten kann. Für über 90% der europäischen Rechtssetzung gilt in Zukunft das Mitentscheidungsverfahren. Das 1979 erstmals direkt gewählte Europäische Parlament wird damit endlich ebenbürtiger Gesetzgeber. Dieser große Erfolg stärkt die demokratische Legitimation europäischer Entscheidungen.

Die Anzahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments bleibt auch künftig hoch. Mit 751 direkt gewählten Abgeordneten aus allen 27 Mitgliedstaaten erreicht das Parlament die Grenze der organisatorischen Handlungsfähigkeit. Frühere Vorschläge, die Zahl der Abgeordneten noch weiter zurückzuführen, scheiterten am Egoismus einzelner Mitgliedstaaten. Irritationen über das Stimmrecht des gewählten Präsidenten haben sich schnell aufklären lassen. Im künftigen Europäischen Parlament wird Deutschland drei Mandate verlieren und nur noch mit 96 Abgeordneten vertreten sein. Dem demokratischen Grundsatz der vergleichbaren Repräsentativität der Abgeordnetenmandate sind wir nur ansatzweise näher gekommen.

## **Regelungen im Einzelnen:**

Die doppelte Mehrheit für Ratsentscheidungen konnte erst ab 2014 mit einer unter bestimmten Bedingungen greifenden zusätzlichen Übergangsperiode bis 2017 durchgesetzt werden. Ab dann muss für eine qualifizierte Mehrheitsentscheidung im Ministerrat 55% der Mitgliedstaaten, die mindestens 65% der EU-Bevölkerung repräsentieren, erreicht werden. Eine vertragliche Festschreibung des „Kompromisses von Ioannina“, der den Mitgliedstaaten im Rat ein Vetorecht ermöglicht, konnte vermieden werden.

Im Ministerrat werden künftig weitere 40 Politikbereiche in die qualifizierte Mehrheitsabstimmung geführt, die bisher nur einstimmig beschlossen werden konnten, so unter anderem Fragen im Zusammenhang mit Asyl, Einwanderung, polizeilicher Zusammenarbeit und justizieller Kooperation in strafrechtlichen Angelegenheiten.

Der Präsident des Europäischen Rates wird künftig für 2 ½ Jahre gewählt. Dieser hauptamtliche Präsident wird die Kontinuität des Handels auf europäischer Ebene stärken. Um unnötige Reibungen zu verhindern, wird es erforderlich sein, dass die drei Präsidenten der Institutionen eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Die Europäische Union erhält einen eigenen Europäischen Auswärtigen Dienst. Der Hohe Vertreter der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, der nach Interventionen durch Großbritannien nicht „Außenminister“ heißen darf, führt den Vorsitz im Rat für Auswärtige Angelegenheiten und ist gleichzeitig als Vizepräsident der EU-Kommission zuständig für die Außenpolitik. Die bisherigen Funktionen des EU-Außenkommissars und des EU-Außenbeauftragten werden künftig also in diesem neuen Amt gebündelt.

Künftig werden der Kommissionspräsident und auch der Hohe Vertreter vom Europäischen Parlament gewählt. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament besteht darauf, dass dieses vertraglich verbürgte Recht des Europäischen Parlaments in der Realität eingehalten wird. Auch der neue Hohe Vertreter, der nach in Kraft treten des Reformvertrages, aber voraussichtlich noch vor der Bildung der

neuen Kommission bestellt wird, muss im Vorgriff die Zustimmung des Europäischen Parlamentes erhalten.

Die Zahl der Kommissare wird ab 2014 auf 2/3 der Zahl der Mitgliedstaaten verringert, nach dem jetzigen Stand also von 27 Kommissaren auf nur noch 15. Dies verbessert die Handlungsfähigkeit der Kommission und schafft zusätzliche Synergieeffekte innerhalb des Kollegiums.

Das Mitspracherecht der nationalen Parlamente im Europäischen Gesetzgebungsverfahren wird deutlich verbessert. Damit wird das Subsidiaritätsprinzip umgesetzt und gestärkt. Künftig werden die nationalen Parlamente bereits im Vorfeld Anhör- und Zurückweisungsmöglichkeiten erhalten, wenn bestimmte Schwellen dafür erreicht werden und Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip festgestellt oder vermutet werden.

Unbefriedigend ist, dass die Grundrechtecharta nicht institutioneller Bestandteil des Verfassungsvertrages geworden ist, sondern lediglich durch einen verweisenden Artikel in den Mitgliedsländern rechtsverbindlich wird. Die Ausnahmeregelungen für Großbritannien und Polen sind unbefriedigend.

Obwohl dem Grundlagenvertrag der Verfassungscharakter fehlt und manche Forderungen von CDU und CSU wie etwa die explizite Berufung auf das jüdisch-christliche Erbe in der Präambel nicht erfüllt wurden, sind die wichtigsten Kernelemente des Verfassungsvertrages für fast alle Mitgliedsländer übernommen worden. Das wird es der Europäischen Union auch in Zukunft ermöglichen, Europas Rolle in der Welt und seine Handlungsfähigkeit bei wichtigen Herausforderungen zu stärken. Der Vertrag von Lissabon wird den knapp 500 Millionen Unionsbürgern den Weg in ein demokratischeres, effizienteres und handlungsfähiges Europa weisen können und weltweit ein Signal für die künftige Handlungsfähigkeit der EU sein. Ohne die Vorarbeiten unter deutscher Ratspräsidentschaft wäre der Vertrag von Lissabon nicht möglich gewesen. Wir begrüßen es besonders, dass die Grundrechtecharta, für die das Europäische Parlament mit Nachdruck eingetreten ist, offiziell im Dezember in Straßburg unterzeichnet wird.

## **Energie- und Klimapolitik gemeinsam gestalten**

Der deutschen Ratspräsidentschaft ist ein weiterer großer Erfolg gelungen, dessen internationale Auswirkungen kaum überschätzt werden können. Europa hat es fertiggebracht, Energiepolitik und Klimaschutz auf dem Frühjahrsgipfel im März 2007 zur gemeinsamen Agenda zu machen. Bundeskanzlerin Dr. Merkel hat mit diesen einstimmigen Beschlüssen auf europäischer Ebene Europas Handlungsfähigkeit verbessert und damit ein bedeutendes internationales Signal gesetzt. Seit dem Gipfel in Heiligendamm im Sommer 2007 hat sich die Diskussion über gemeinsame Ziele und Maßnahmen der Energie- und Klimapolitik weltweit verändert.

Die politische Einigung vom März 2007 wird nun in konkrete Vorgaben und Vorschläge umgesetzt. Dabei wird die Details einigung noch schwierig werden. Insbesondere das von der EU-Kommission vorgelegte dritte Energiemarktpaket, das mehr Wettbewerb im Binnenmarkt zu Gunsten niedrigerer Verbraucherpreise und größerer Effizienz ebenso anstrebt wie die Verbesserung der Versorgungssicherheit, ist in den einzelnen Mitgliedstaaten, aber auch im Europäischen Parlament umstritten. Das „Ownership Unbundling“, für das die EU-Kommission mit Nachdruck wirbt, muss noch belegen, ob es die gewünschten Ziele erreichen kann. Ist eine Trennung der Erzeugung und der Übertragungsnetze erforderlich, um mehr Wettbewerb zu gewährleisten oder gibt es andere Formen einer starken Regulierung, die das gleiche erreichen können, ohne in die Eigentumsordnung einzugreifen? Darüber werden wir in den nächsten Monaten hart diskutieren und streiten. Es ist zu befürchten, dass Deutschland in dieser Frage weder im Europäischen Parlament, noch im Europäischen Ministerrat seine Ziele durchsetzen kann.

Streitpunkt bleibt auch die Rolle der Kernenergie im künftigen Energiemix. Das Europäische Parlament hat sich erst jüngst mit überzeugender Mehrheit für die weitere, friedliche Nutzung der Kernenergie aus Energieversorgungssicherheits- und aus Klimaschutzgründen ausgesprochen. Notwendig wird ein Energiemix sein, der alle Arten der Energieerzeugung nutzen kann, auch die Braunkohle, die als fossiler Basis-Energieträger in der Stromerzeugung in Deutschland unverzichtbar bleibt.

Umstritten ist auch das vorgeschlagene Maßnahmenpaket zur Reduzierung von CO<sub>2</sub> im Verkehrsbereich, insbesondere auf dem Automobilsektor und im Luftverkehr. Maßstab für unsere Entscheidung und für unsere politische Überzeugungsarbeit ist dabei eine erreichbare Zielvorgabe, die die Entwicklungschancen europäischer und deutscher Unternehmen fördert, die Ziele mit modernster Technologie erreicht und Wettbewerbsverzerrungen verhindert.

Im Bereich der erneuerbaren Energien müssen alle Möglichkeiten in Europa genutzt werden, vornehmlich dort, wo sie am effizientesten eingesetzt werden können. Dies erfordert unterschiedliche Zielvorgaben, um europaweit das ehrgeizige Ziel von dreimal 20% zu erreichen, nämlich beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß eine Verminderung um 20%, bei den erneuerbaren Energien ein Anteil von 20% und bei der Energieeinsparung eine Effizienzsteigerung um 20%.

Insbesondere bei den erneuerbaren Energien muss darauf geachtet werden, dass alle Möglichkeiten des Einsatzes von Biomasse, Windkraft, Wasserkraft, Solarenergie oder Geothermie genutzt werden können. Sie vermindern nicht nur die Abhängigkeit von Energieeinfuhren aus häufig politisch instabilen Drittstaaten, sondern bieten auch zusätzliche Chancen für Wachstum und Beschäftigung. Insbesondere beim Energieträger Biomasse ist auf Nachhaltigkeit zu achten. Eine schädliche Konkurrenz zur Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel oder auf Kosten großer Waldflächen in den Schwellenländern darf es nicht geben.

In der Klima- und Energiepolitik bewegen sich nach dem G8-Gipfel in Heiligendamm und nach den vielfältigen Verhandlungen der deutschen Bundeskanzlerin in den letzten Monaten die großen CO<sub>2</sub>-Emittenten wie China, Indien, Japan und vor allem die USA. Auch wenn in den USA mit einem grundlegenden Wechsel unter der jetzigen Regierung nicht gerechnet werden kann, so haben die europäischen Initiativen den Prozess des Umdenkens angestoßen. Die dort bevorzugten technologieorientierten Förderansätze sind dabei besser als mancher bürokratische Umverteilungsvorschlag.



## **Subsidiarität muss gelebt werden**

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament sieht es als ihre Aufgabe an, den Begriff der Subsidiarität mit konkretem Leben zu erfüllen und alle Verstöße der Europäischen Kommission gegen diesen Grundsatz zurückzuweisen. Wir können feststellen, dass zumindest in den öffentlichen Erklärungen und den Äußerungen in Parlament und Rat die EU-Kommission diesem Anliegen entgegenkommt. In der Realität stellen wir allerdings noch eine Vielzahl von Defiziten fest.

Maßgeblich muss neben der europäischen Kompetenz auch der europäische Mehrwert einer EU-Regelung, ihre Verhältnismäßigkeit und die Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip sein. Dies gilt für die schon geschilderten Sachfragen im Bereich der Klima- und Energiepolitik, aber auch für andere Vorschläge der Europäischen Kommission. Bestes Beispiel ist die EU-Bodenschutzrichtlinie, die in der von der Kommission vorgelegten Fassung gegen den Grundsatz der Subsidiarität verstößt. Die Kommission hat nicht deutlich machen können, wieso ihr Vorschlag, das europäische Bodenschutzrecht umfassend zu harmonisieren, einen europäischen Mehrwert entfaltet und nicht in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten eingreift. Bodenschutz muss auch in Zukunft überwiegend Sache der Mitgliedstaaten bleiben. Für eine vollständige Ablehnung in 1. Lesung gab es im Europäischen Parlament allerdings keine Mehrheit. Deshalb setzen wir auf eine grundlegende Veränderung des Vorschlags im Rat.

Europäische Vorschläge, die in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten eingreifen, bedürfen besonderer Begründungen. Wir sind gegen solche Kommissionsvorschläge, die einen „Allzuständigkeitsanspruch“ dokumentieren. Mit einer Vielzahl von Agenturen, Berichts- und Evaluierungslisten ist ein weiteres Aufblähen der Bürokratie und Kosten für Arbeitsplätze und Unternehmen verbunden.

Umstritten ist auch die von der Kommission vorgelegte Reform der Europäischen Weinmarktmarktordnung. Bewährte, traditionelle Verfahren und eingeführte Instrumente einfach abschaffen zu wollen, reicht für eine sinnvolle Reform nicht aus. Erfolgreiche Qualitätsweinerzeugung in Mitteleuropa dafür zu bestrafen, dass der Abbau der Überproduktion im Süden Europas nicht vorangekommen ist, ist nicht

akzeptabel. Die EU-Kommission hat hier versucht, unter dem Deckmantel einer Weinmarktreform Nord gegen Süd auszuspielen. Für uns müssen regionale und traditionelle Besonderheiten erhalten, erfolgreich genutzte Marktchancen gefördert und nicht beschnitten werden und bürokratische Regulierungen abgebaut werden.

Bundesregierung und Bundestag tun gemeinsam mit dem Bundesrat gut daran, diesen Vorschlag der EU-Kommission zum Scheitern zu bringen. Wir werden diesen Weg nicht nur unterstützen, sondern im Europäischen Parlament einen Beschluss fassen, der deutlich macht, dass Wein kein beliebiges europäisches Überschussprodukt ist, sondern unbestreitbar ein europäisches Kulturgut mit unterschiedlichen Traditionen, aber gemeinsamer Wertschätzung.

### **Europäische Bürokratie eindämmen**

Wenig vorangekommen ist in den letzten Jahren das politische Ziel, die mit dem EU-Rechtssystem verbundenen bürokratischen Anforderungen spürbar zu reduzieren. Auch wenn Deutschland bei der Umsetzung europäischer Richtlinien besonders gerne „bürokratische Aufschläge“ produziert und nicht gerade ein Musterknabe für einfache Umsetzung ist, (wie z.B. die deutsche Umsetzung der Gleichstellungsrichtlinie belegt) - eine Erfolg versprechende Reduktion der Bürokratie muss früher ansetzen. Wir fordern bereits seit langem die stärkere Zurücknahme und Überprüfung bestehender Vorschriften. Das bisherige bescheidene Paket, das in der Verantwortung des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen auf den Weg gebracht wurde, reicht nicht aus. Deshalb richten sich zusätzliche Hoffnungen auf die neue Sachverständigengruppe der Europäischen Union, die unter der Leitung des langjährigen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber vor kurzem ihre Arbeit aufgenommen hat.

Es wird gewaltiger Anstrengungen und Überzeugungsarbeit auch im Europäischen Parlament bedürfen, um hier konkrete Fortschritte zu erreichen. So stellt sich diese Herausforderung bereits bei der konkreten Ausgestaltung der Instrumente zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die weitgehend erfolglose Einführungsphase des Emissionshandels sollte zum Anlass für grundlegende Veränderungen gemacht werden. Solange die Mitgliedstaaten hier in eigener Regie Allokationspläne

entwickeln, in denen sie ihre eigenen Industriezweige gegenüber der Konkurrenz in anderen EU-Mitgliedstaaten schützen wollen, werden konkrete Fortschritte schwer erreichbar sein. Notwendig sind europaweit einheitliche Zielvorgaben nach Branchen und Sektoren, die eine wettbewerbsneutrale Ausgestaltung innerhalb der Europäischen Union ermöglichen und zusätzliche Anreize auf internationaler Ebene bieten, an einem solchen System mitzuarbeiten.

Auf den Prüfstand gehört auch die Vielzahl der europäischen Agenturen, die zusätzliche Bürokratielasten erzeugen und sich der demokratischen Kontrolle zunehmend entziehen. Hier zeigt sich auch die Verantwortung der nationalen Regierungen im Ministerrat, die bisher immer neue Agenturen gegründet und ausgehandelt haben, über deren Sinn und Standort man im Einzelnen trefflich streiten kann. So könnte die noch unter der früheren Bundesregierung ausgehandelte Chemikalienagentur mit Standort in Helsinki kaum aufgabenferner in Europa angesiedelt sein. Das „Agenturunwesen“, das auf europäischer Ebene immer neue Agenturen ohne erkennbaren europäischen Mehrwert beschert hat, muss kritisch überprüft werden.

### **Europas Vorteile den Bürgern nahe bringen**

Ein Hauptproblem der europäischen Politik in den vergangenen Jahren war es, dass die zahlreichen Entscheidungen, Weichenstellungen und politischen Projekte nur schwer den Bürgern vermittelt werden können. Das liegt zum einen am undurchsichtigen Entscheidungsprozess der Europäischen Union, der mangelnden Transparenz, der geteilten Verantwortung und der überwiegend nationalen Ausrichtung der Presseberichterstattung. Zum anderen wehren sich Interessengruppen, Nationalstaaten und auch ein Teil der politischen Elite dagegen, die Souveränitätsrechte, die durch die europäischen Verträge auf eine übernationale Ebene abgegeben wurden, tatsächlich auf Europa übertragen zu müssen.

Die EU-Kommission hat nunmehr in ihrem Legislativprogramm 2008 einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Informationspolitik gelegt und den Versuch gestartet, die europäischen Entscheidungen den Bürgern näherzubringen. All zu leicht wird auch heute noch in der deutschen Öffentlichkeit - auch von der politischen

Elite - die Verantwortung für ungelöste Fragen ohne nähere Überprüfung auf die europäische Ebene „abgeschoben“. Alle unangenehmen Entscheidungen, die Veränderungen bedingen und Erbhöfe in Frage stellen, haben ihren Ursprung in der „Brüsseler Bürokratie“, so suggerieren viele der deutschen Öffentlichkeit. Nicht immer hält diese Aussage der sachlichen Prüfung stand. Insbesondere Fragen der Wettbewerbspolitik und der Herstellung gleicher Marktzugangschancen zugunsten von Unternehmen und Verbrauchern stoßen nicht immer auf die erforderliche Resonanz.

Ein Gegenbeispiel für europäischen Mehrwert, den die Bürger unmittelbar im täglichen Leben spüren, ist die Mitte 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft verabschiedete Roaming-Verordnung. Durch europäische Vorgaben wurde mobiles Telefonieren im Ausland transparenter und günstiger. Es war ein eindeutiges Marktversagen zu Lasten der Verbraucher, das die Grundlage für den entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission war. Wenn auch direkte Markt- und Preiseingriffe nur die Ausnahme darstellen dürfen, so war diese Korrektur des Marktverhaltens insgesamt ordnungspolitisch verantwortbar. Die Bürger haben auf breiter Front den Nutzen gespürt.

Um den Bürgerinnen und Bürgern die europäische Willensbildung und die europäische Entscheidungsfindung, sowie die Ergebnisse des europäischen Binnenmarktes näherzubringen, bedarf es umfassender Informationen, Bereitschaft zum Dialog und die Selbstverpflichtung zur wahrheitsgetreuen Information. Auch die europäische Ebene muss sich einer gewissen Selbstbeschränkung befleißigen, da viele Dinge, die man in Brüssel regeln will, besser auf nationaler oder regionaler Ebene gelöst werden können. Hier die richtige Balance zu finden, ist Aufgabe der Europapolitik der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments.

Auch im Europäischen Parlament gibt es für weitergehende europäische Regelungen häufig Mehrheiten. Insofern haben es die CDU/CSU-Abgeordneten nicht leicht, einen vernünftigen Mittelweg durchzusetzen. Dabei liegen häufig nationale und europäische Interessen im Widerstreit, wie das Beispiel des europäischen Satellitenprojekts „Galileo“ zeigt. Nachdem in der Vergangenheit das vorgesehene Gemeinschaftsprojekt mit der angestrebten Mischfinanzierung gescheitert ist, hat die

EU-Kommission eine ausschließliche Finanzierung dieses Satellitennavigationssystems aus dem EU-Haushalt vorgeschlagen. Die damit erforderliche Revision der Finanzplanung stößt auf den Widerstand namhafter Mitgliedstaaten. Gibt es keine einvernehmliche Einigung in dieser streitigen Frage, wird Europa dieses wichtige Technologieprojekt nicht zeitgerecht umsetzen können. An diesem Beispiel ist auch die Frage der Finanzierungsgerechtigkeit exemplarisch zu belegen. Deutschland wird über die EU rund 1/5 des Galileobudgets bezahlen, ohne dass sichergestellt werden kann, dass am Ende nicht nur Unternehmen aus anderen bedeutenden Mitgliedstaaten bei der Realisierung dieses Projektes zum Zuge kommen. Für uns steht fest, dass die Gemeinschaftsfinanzierung für dieses Projekt, die Lösung offener Fragen des Wettbewerbsrechts und die damit in Verbindung stehende industriepolitische Weichenstellung als ein Gesamtpaket angesehen werden müssen.

### **Europa aktiv gestalten heißt, die Grenzen Europas erkennen und achten**

Die Globalisierung und die fortschreitende internationale Arbeitsteilung sowie die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung von den internationalen Finanzmärkten machen uns immer deutlicher, dass die europäischen Mitgliedstaaten allein zu schwach sind, um die von der Globalisierung ausgehenden Herausforderungen zu bewältigen und Wohlstand und europäisches Sozialmodell auf Dauer zu sichern. Eine europäische Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen auch wirklich verdient, wird in Zukunft unerlässlich sein, um Europas Gewicht in der Welt umzusetzen.

Grundlage ist auch in Zukunft das transatlantische Bündnis, eine enge Freundschaft mit den USA und eine mit veränderten Aufgaben agierende starke Nato. Die strategische Partnerschaft mit Russland und ein konstruktiver Dialog mit den aufstrebenden asiatischen Staaten stehen dazu nicht im Gegensatz, sondern sind notwendige Ergänzungen. Europa braucht Verbündete, wenn es die globalen Herausforderungen des Klimawandels bewältigen, sich gegen den internationalen Terrorismus zur Wehr setzen oder eine nukleare Gefährdung durch politisch unsichere und undemokratische Staaten verhindern will.

Die Europäer dürfen sich dabei nicht spalten lassen oder selbst in ihren politischen Aktivitäten auseinandertriften. Dies gilt für eine Vielzahl außenpolitischer Fragen, angefangen von der Lösung der Kosovo-Problematik, bis zum in Europa von den USA geplanten Raketenabwehrschild oder für eine wirkungsvolle europäische Energieaußenpolitik. Dazu zählt auch die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union, die nicht wirtschaftlichen Interessen geopfert werden darf.

Vor allen Dingen stellt sich aber nach der Erweiterung auf 27 Mitgliedstaaten schärfer als in der Vergangenheit die Frage nach den Grenzen Europas, geographisch und inhaltlich. Die Diskussion um den Grundlagenvertrag hat erneut gezeigt, dass es sehr unterschiedliche Ansätze innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union gibt. Während für die einen die Vertiefung der Integration wichtigstes Ziel ist, gibt es andere Mitgliedstaaten, die eine schnelle Erweiterung nur unter wirtschafts- und handelspolitischen Gesichtspunkten wollen. Vertiefung und Erweiterung gleichzeitig erreichen zu wollen, überfordert die Institutionen und die Bürger in zunehmendem Maße. Deshalb ist es richtig, dass vor dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrags, keine über die 27 Mitglieder hinausgehenden Beitrittszusagen gemacht werden. Der Grundkonflikt zwischen Vertiefung und Erweiterung hat bereits in den vergangenen Jahren die Europäische Union wiederholt gelähmt. Sollte er in den nächsten Jahren nicht gelöst werden können, wird das „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, auch wenn wir das nicht wollen, näher rücken.

Auch bei 27 Mitgliedstaaten wird es darauf ankommen, dass die beiden größten Mitgliedstaaten, Deutschland und Frankreich, in Zukunft der Europäischen Union neue Impulse geben. Auch wenn der deutsch-französische Gründungsmythos verblasst ist, ist politische Führung in der Europäischen Union unter Einbindung der Interessen der kleinen und mittleren Mitgliedstaaten erforderlich. Großbritannien, das der weiteren Integration kritisch gegenübersteht, darf nicht zum dauerhaften Bremser Europas werden.

Wenn wir heute Bilanz ziehen, dann ist das Projekt „Europäische Union“ an einem Punkt angelangt, wo wir Entscheidungen über die politischen und geographischen Grenzen der Europäischen Union treffen müssen. Selten ist das vierte Kriterium von Kopenhagen, das die Grundlage für den Beitritt neuer Mitgliedstaaten ist,

ausreichend gewürdigt worden, nämlich die Aufnahmefähigkeit der bestehenden Europäischen Union selbst. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat in der Vergangenheit mit Nachdruck die Bundeskanzlerin in ihrem Ziel, eine besondere Form der Partnerschaft mit der Türkei anzustreben, unterstützt. Die innere Konsolidierung der Europäischen Union muss Vorrang haben vor weiteren Beitrittsversprechungen, die Europa nicht verkraften kann. Europa hat ein großes Interesse an einer wirtschaftlich starken, demokratisch gefestigten und politisch stabilen Türkei. Deshalb haben wir 1996 die Zollunion, damals gegen die Linken, aktiv durchgesetzt. Die Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union, so wie dies von einzelnen Mitgliedstaaten, aber auch vom Koalitionspartner SPD betrieben wird, würde auf absehbare Zeit Europa maßlos überfordern und den europäischen Integrationsprozess nicht nur stoppen, sondern umkehren. Deshalb lehnen wir die Vollmitgliedschaft der Türkei ab und plädieren für eine privilegierte Partnerschaft.

Ein „Erweiterungsstopp“ bedeutet allerdings keine Ausgrenzung derjenigen Staaten, die eine enge Bindung an die Europäische Union suchen, wie z. B. die Ukraine oder Israel. Auch diesen Ländern muss eine verantwortbare europäische Perspektive offenstehen, um politische, regionale und wirtschaftliche Stabilität zu fördern. Die sich entwickelnde neue Ausrichtung einer europäischen Nachbarschaftspolitik kann deshalb eine dauerhafte Alternative zur Vollmitgliedschaft auch für die Türkei werden. Eine geographische und kulturelle Überdehnung der EU, wie sie ein Beitritt der Türkei mit sich bringen würde, kann nicht in unserem Interesse liegen. Die Schwächung der europäischen Handlungsfähigkeit, ein Rückfall in Nationalismus und die Reduktion auf eine „gehobene Freihandelszone“ könnten die Folge sein.

Wenn wir die Globalisierung nach unseren europäischen Wertvorstellungen mitgestalten wollen, dann müssen wir unser Gewicht gemeinsam in die Waagschale werfen, sei es in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, in der Handelspolitik, beim Klimaschutz, in der Energieversorgungssicherheit, bei der Bekämpfung der Armut oder im gemeinsamen Vorgehen gegen Terrorismus. Wir müssen den europäischen Binnenmarkt weiter vollenden und stärken und die erfolgreiche Einführung der gemeinsamen europäischen Währung dazu nutzen, eine echte Alternative zum Dollar und zum Yen zu schaffen. Die aktuelle Eurostärke

belegt, dass es in herausragender Weise gelungen ist, der neuen europäischen Währung die notwendige Stabilität und Anerkennung zu vermitteln. Die meisten Skeptiker sind beim Euro eindrucksvoll widerlegt worden.

### **Europas Mitgliedstaaten können es sich nicht leisten, sich nur mit sich selbst zu beschäftigen**

Wenn der Grundlagenvertrag hoffentlich Anfang 2009 in Kraft tritt, muss die streitige Auseinandersetzung über den richtigen europäischen Weg beendet werden. Europa wird nur dann sein volles wirtschaftliches und politisches Gewicht zur Geltung bringen können, wenn es wirtschaftlich stark und dynamisch ist. In Zeiten steigender Verunsicherung durch die Auswirkung der Globalisierung brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Europa. Dies ins Bewusstsein der Bürger zu bringen und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken, wird eine der Hauptaufgaben bis zur nächsten Direktwahl des Europäischen Parlaments im Juni 2009 sein. Es sind die gemeinsamen Werte, die Europa zusammenhalten, sein wirtschaftlicher Erfolg, seine friedenssichernde Funktion und eine Wirtschaftsordnung, die sich am Modell der sozialen Marktwirtschaft orientiert, die weltweit beispielhaft ist, weil nur so Freiheit, Wohlstand, Demokratie und Frieden gleichzeitig durchzusetzen sind. Die weltweite Ausstrahlung mit Vorbildfunktion des europäischen Modells sollte von uns selbst nicht unterschätzt werden.

### **Die CDU/CSU-Gruppe als politische Kraft im Europäischen Parlament**

Mit 49 gewählten Abgeordneten ist die CDU/CSU-Gruppe die größte nationale Delegation im Europäischen Parlament. Im Januar 2007 ist der niedersächsische Kollege Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering bei den zur Halbzeit der Legislaturperiode anstehenden internen Wahlen zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt worden. Er ist seit der ersten Direktwahl im Jahre 1979 nach Dr. Egon Klepsch und Prof. Dr. Klaus Hänsch der dritte Deutsche in dieser parlamentarischen Spitzenposition.

Professor Pöttering hat es sich mit Unterstützung der CDU/CSU-Gruppe zu seiner Hauptaufgabe gemacht, die Rolle des Europäischen Parlaments in der europäischen



Öffentlichkeit transparenter zu gestalten, die Parlamentsrechte zu stärken und eine gleichgewichtige Interessenwahrnehmung mit den anderen beiden europäischen Institutionen zu erreichen. Mit seiner Wahl im Januar 2007 waren für ein knappes halbes Jahr alle drei Spitzenpositionen der europäischen Institutionen mit Persönlichkeiten aus der EVP-Familie besetzt. Die Zusammenarbeit zwischen der Ratspräsidentin Dr. Merkel, dem Kommissionspräsidenten Barroso und dem EP-Präsidenten Professor Pöttering hat sowohl bei der Berliner Erklärung als auch bei der politischen Einigung über den Grundlagenvertrag Erfolge vorzuweisen.

Bei den parlamentsinternen Halbzeitwahlen konnte die CDU/CSU-Gruppe ihre Stellung auch in dem nach den Beitritten Rumäniens und Bulgariens vorübergehend vergrößerten Europäischen Parlament gut behaupten. Auch wenn die anerkannten und verdienstvollen Kollegen Elmar Brok und Karl-Heinz Florenz ihre Ausschussvorsitze dabei abgeben mussten, ist es gelungen, mit Dr. Angelika Niebler von der CSU die Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie und mit Reimer Böge den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses sowie mit Dr. Karl von Wogau den Vorsitzenden des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung zu stellen. Hinzukommen insgesamt fünf stellvertretende Ausschussvorsitzende aus den Reihen der CDU/CSU-Gruppe.

In der EVP-ED-Fraktion, die mit 278 Abgeordneten aus allen 27 Mitgliedstaaten die größte Fraktion im Europäischen Parlament ist, stand nach 7 ½ Jahren Führungsverantwortung von Hans-Gert Pöttering ein Wechsel an. Mit tatkräftiger Unterstützung der CDU/CSU-Gruppe ist es gelungen, den französischen Abgeordneten Joseph Daul, einen Elsässer, zum neuen Fraktionsvorsitzenden zu wählen. Hartmut Nassauer, der langjährige Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, wurde zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt und nimmt hier die schwierige und zeitaufwendige Aufgabe der inhaltlichen Koordinierung der Sacharbeit der Fraktion wahr.

Mit der Erweiterung auf 27 Mitgliedstaaten ist es eine besondere Herausforderung für die Führung der Fraktion, den inneren Zusammenhalt der Fraktion zu sichern und die Entscheidungsstrukturen effizient zu gestalten.

Wesentliche Säulen dieser inhaltlichen Strukturierung der Fraktionsarbeit sind die Obleute. Es ist uns gelungen, unsere bereits vorher starke Position (gemeinsam mit den britischen Konservativen) weiter auszubauen. Dr. Lutz Goepel ist Sprecher für Landwirtschaftsfragen, Dr. Georg Jarzembowski Obmann im Verkehrsausschuss, Klaus-Heiner Lehne Rechtspolitischer Sprecher der EVP-ED-Fraktion, Doris Pack Koordinatorin für Kultur und Bildung, Alexander Radwan Wirtschaftspolitischer Sprecher, Dr. Inge Gräßle Obfrau im Haushaltskontrollausschuss, Manfred Weber neu gewählter Obmann im Innenausschuss und Rainer Wieland wie bisher Obmann im Petitionsausschuss. Daneben stellen wir die stellvertretenden Koordinatoren im Industrie-, Forschungs- und Energieausschuss, im Regionalausschuss und im Binnenmarktausschuss. Im Berichtszeitraum wurde Elmar Brok erneut zum Mitglied der Regierungskonferenz für die Fraktion berufen und Karl-Heinz Florenz zum Hauptberichterstatter des Parlaments zum Klimawandel, für den das Parlament einen zeitlich befristeten Sonderausschuss gegründet hat, gewählt.

Die CDU/CSU-Gruppe trägt mit dieser personellen Verankerung eine erhebliche Verantwortung in Parlament und Fraktion. Die damit verbundene Verpflichtung verlangt starkes Engagement für die parlamentarischen Abläufe und eine intensive Arbeit in Sachfragen, damit die Mitentscheidung des Parlaments sich in Beschlüssen niederschlägt, die den Bürgerinnen und Bürgern erkennbare Vorteile bringen. Diesen Herausforderungen stellen wir uns mit Engagement, Arbeitseifer und europäischer Begeisterung.

### **In Geschlossenheit Europa gestalten und die Wahl 2009 vorbereiten**

Die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe nehmen ihren europäischen Mitgestaltungsauftrag ernst. Wir wissen aber auch, Politik in und für Europa aktiv zu betreiben heißt, die Bevölkerung, die Bürgerinnen und Bürger in den Wahlbezirken, die Parteimitglieder, die Kollegen in den Parlamenten auf Bundes- und Länderebene sowie die Gremien und Institutionen auf kommunaler Ebene auf dem europäischen Weg mitzunehmen. Eine große Zahl von Bürgern und Kollegen haben uns auch im vergangenen Jahr in Straßburg und Brüssel besucht, um sich ein unmittelbares Bild von der nicht immer einfachen Arbeit im Europäischen Parlament zu machen. Viele

von ihnen nutzen unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und unser breites Informationsangebot.

Wer mitreden will und soll, muss sich sachgerecht informieren können. Ein Streitpunkt in den vergangenen Monaten war der Dolmetscher- und Übersetzungsaufwand für alle europäischen Amtssprachen. Für uns gibt es keine Alternative zur vollen Gleichberechtigung des Deutschen als EU-Arbeitssprache. Für über 90 Millionen Bürger der Europäischen Union ist Deutsch die Muttersprache. Wir liegen damit vor Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch. Es ist deshalb selbstverständlich, dass es auch in Zukunft alle europäischen Dokumente in deutscher Sprache geben muss. Nur so wird Europa der hohen Verbreitung der deutschen Sprache als Mutter- und Zweitsprache gerecht. Das ausgerechnet dem größten europäischen Beitragszahler von der Kommission und der Verwaltung des Parlaments vorgetragene Kostenargument trägt nicht. Jeder Bürger muss auch in Zukunft das Recht haben, alle öffentlich zugänglichen Dokumente in seiner Muttersprache lesen zu können. Demokratie-, Transparenz- und Partizipationsgebot sind hier wichtiger als Kostenargumente.

In einer Vielzahl von Veranstaltungen, auch im Zusammenhang mit der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007, haben wir als CDU/CSU-Gruppe oder als einzelne Abgeordnete über aktuelle, europäische Themen informiert, Sachfragen abgestimmt und Argumente aufgenommen. Dabei stand die politische Abstimmung und Kooperation mit der Bundesregierung, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den Europaministern und Staatssekretären der unionsgeführten Bundesländer, den Europapolitischen Sprechern der Unionsfraktionen in den Parlamenten sowie mit der Ebene der Fraktionsvorsitzenden von Bund und Ländern im Vordergrund. Zwar kann die Zusammenarbeit an der einen oder anderen Stelle weiter verbessert werden, um eine frühzeitige Abstimmung gemeinsamer, politischer Positionen zu erreichen, doch befinden wir uns auf einem richtigen Weg.

Für die CDU/CSU-Gruppe darf ich mich deshalb sehr herzlich für den fruchtbaren Meinungsaustausch, die vielen positiven Beiträge und die große Unterstützung auch im vergangenen Jahr herzlich bedanken. Die Zusammenarbeit mit der unionsgeführten Bundesregierung war dabei in vielen Fragen besonders fruchtbar.

Der CDU/CSU-Gruppe geht es dabei aber auch darum, die höchstmögliche Geschlossenheit der Union als wichtigste politische Kraft Deutschlands in und für Europa zu nutzen. Rund 1 ½ Jahre vor der für Juni 2009 erwarteten nächsten Direktwahl des Europäischen Parlaments, sind wir auf eine enge Zusammenarbeit aller politischen Kräfte in der Union angewiesen. Die CDU als die führende Europapartei Deutschlands hat insbesondere in der deutschen Ratspräsidentschaft unter Führung der Parteivorsitzenden Dr. Merkel deutlich machen können, dass wir Europa voranbringen und gleichzeitig die nationalen Interessen optimal vertreten wollen. Für die Vorbereitung, vor allen Dingen aber für den anstehenden Wahlkampf, der möglicherweise auch als Generalprobe für die drei Monate später stattfindenden Bundestagswahlen gelten kann, bitten wir herzlich um Ihre tatkräftige Unterstützung.

2009 wird mit der Europawahl das Europäische Parlament ein Jubiläum begehen können. 30 Jahre direkt gewähltes Europäisches Parlament sind eine Gelegenheit, über die Schwierigkeiten und Probleme bei der Erweiterung, Vertiefung und Demokratisierung Europas zu reden, aber auch die gemeinsamen Erfolge auf dem Weg zu Frieden, Wohlstand und sozialer Sicherheit zu würdigen. Wir bedanken uns schon heute bei allen Freunden und Parteigliederungen für eine breite und engagierte Wahlkampfunterstützung im Frühjahr 2009. Die CDU ist die deutsche Europapartei und soll dies auch über 2009 hinaus bleiben. Die Bürger haben daran wenig Zweifel, sie sprechen uns eine sehr große europapolitische Kompetenz zu. Europa braucht ein starkes Deutschland und Deutschland braucht ein starkes Europa. Setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass Europa wieder die Herzen der Bürger gewinnt.